



Darmstadt, den 6. Mai 2024

Ergebnisprotokoll

der 14. Sitzung der Regionalversammlung Südhessen am 3. Mai 2024

Tagungsort: Rathaus Römer, Stadtverordnetensitzungssaal, Römerberg 23, 60311 Frankfurt am Main

Beginn: 15:08 Uhr

Ende: 16:05 Uhr

Vorsitz:

Kraft, Uwe (CDU)

Mitglieder:

Dr. Achilles, Albrecht (FDP)

Arnold, Sonja (DIE GRÜNEN)

Banzer, Jürgen (CDU)

Barth, Elke (SPD)

Bauer, Dennis (LINKE)

Bonk, Steffen (CDU)

Dipl.-Volkswirt Böttcher, Klaus (DIE GRÜNEN)

Burghardt, Horst (DIE GRÜNEN)

Busch, Ursula (SPD)

vertritt Herr Roger Podstatny (SPD)

Buschmann, Harald (CDU)

Diefenbach, Volker (SPD)

Drescher, Christoph (DIE GRÜNEN)

Engelhardt, Christian (CDU)

Fiedler, Josef (SPD)

Fink, Christof (DIE GRÜNEN)

Forßbohm, Brigitte (LINKE)

Fürst, Hans (DIE GRÜNEN)

Dr. Gehrke, Wolfgang (CDU)
Gerfelder, Kai (SPD)
Gerhards, Hubert (CDU)
Göllner, Michael (SPD)
Gregurić, Ivan (DIE GRÜNEN)
Gritsch, Karlheinz (CDU)
Haas, Rudolf (SPD)
Dr. h.c. Hahn, Jörg-Uwe (FDP)
Hahn, Michael (CDU)
Heger, Johannes (CDU)
Hemsley, Isabelle (CDU)
Horn, Thomas (CDU)
Jäger, Claudia (CDU)
Kandziorowsky, Thomas
Karakaya, Murat (SPD)
Kasseckert, Heiko (CDU)
Kiesel, Reiner (SPD) vertritt Frau Inge Auer (SPD)
Klock, Frank (CDU) vertritt Herr Maximilian Schimmel (CDU)
Kluin, Peter (DIE GRÜNEN)
Dr. Kochsiek, Albrecht (CDU)
Köhler, Lutz (CDU)
Kötter, Rouven (SPD)
Kretschmann, Marcus (CDU)
Kummer, Gerald (SPD)
Lucas, Joachim (SPD)
Ludwig-Braun, Sabine (SPD)
Dipl.- Sozialarbeiter Mair, Jörg (SPD)
Mangelmann, Dominik (CDU) vertritt Herr Matthias Graf (CDU)
Maritzen, Ronny (DIE GRÜNEN)
MdB Müller, Alexander (FDP)
Dr. Müller, Helmut (CDU)
Dr. Naas, Stefan (FDP)
Pfeiffer-Pantring, Ulrike (SPD)
Promny, Moritz (FDP)

Hennig, Udo

Prof. Dr. habil. Hilligardt, Jan

Martin, Guido

Gäste:

/

Schriftführerin:

Schader, Ines

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 13. Sitzung vom 15. März 2024

TO II

2. Vorlage 2. Monitoringbericht zur Umsetzung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) 2019
Drs. Nr. X / 67.4
3. Antrag der Stadt Wächtersbach auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 6 ROG i.V.m. § 8 HLPG für die Ausweisung eines Sondergebiets "Freiflächenphotovoltaik" -
EINLEITUNG
Drs. Nr. X / 127

TO I

4. Antrag der Stadt Steinau an der Straße auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 6 ROG i. V. m. § 8 HLPG zugunsten einer Freiflächenphotovoltaikanlage für den Bereich des Bebauungsplanes "Solarpark Sarrod" und der Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich
Drs. Nr. X / 120.1
5. Zukünftiger Umgang der Regionalversammlung Südhessen mit Anträgen auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des RPS/RegFNP zugunsten von Freiflächenphotovoltaikanlagen
6. Anfragen/Mitteilungen

Zu TOP 1 Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 13. Sitzung vom 15. März 2024

Der Vorsitzende der Regionalversammlung Südhessen (RVS), **Herr Kraft**, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Herrn Regierungspräsident Professor Hilligardt und Herrn Regierungsvizepräsident Dr. Fuhrmann sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der oberen Landesplanungsbehörde und etwaige anwesende Pressevertreter.

Herr Kraft gratuliert **Frau Schlipf-Traup** zur Ihrem Geburtstag, der heute ist.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung vom 12. April 2024 form- und fristgerecht erfolgt ist, Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung am 29. April 2024 im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht wurden und die Beschlussfähigkeit der RVS gegeben ist.

Folgende Unterlagen wurden zwischenzeitlich von der RVS-Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt:

Protokolle:

UEK vom 25. April 2024

NLF vom 25. April 2024

HPA vom 26. April 2024

ÄR vom 26. April 2024

Drucksachen/Tischvorlagen:

Drs . Nr. X / 131 – Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 2. Mai 2024 zu TOP 3

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und DIE GRÜNEN vom 3. Mai 2024 zu TOP 3

☞ *Nachtrag: Dieser Änderungsantrag ersetzt die Drs. Nr. X / 131 und wird **Drs. Nr. X / 131.1***

Herr Kraft informiert, dass die vorliegende Tischvorlage (Drs. Nr. X / 131) ein gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktion sei und es heute eine einvernehmliche Absprache dazu mit der Fraktion DIE GRÜNEN gegeben habe. Dieser neue gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und DIE GRÜNEN von heute ersetze den Antrag Drs. Nr. X / 131.

Vor Einstieg in die Tagesordnung übergibt **Herr Kraft** das Wort an Herrn Regierungspräsident Prof. Hilligardt für eine Mitteilung.

Herr Regierungspräsident Prof. Hilligardt informiert, wie bereits im Haupt- und Planungsausschuss geschehen, über den aktuellen Stand und das weitere Verfahren der Neuaufstellung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans. Es erfolge ein enger Austausch mit dem Regionalverband FrankfurtRheinMain. Die Vorsitzende der Verbandskammer, Frau Jäger, habe in der letzten Sitzung der Verbandskammer erläutert, dass die Webinare mit den achtzig Verbandskommunen erfolgreich und unter großer Teilnahme der Kommunen erfolgt seien. Die Vertreter der Kommunen hätten nun bis 24. Mai Gelegenheit ihre Änderungen in den Planentwurf online einzutragen. Danach würden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet und anschließend die Kommunengespräche terminiert. Frau Jäger habe in der Verbandskammer vorgebracht, dass sie vor dem Hintergrund des aktuellen Verfahrensstands eine Beschlussfassung zur 1. Offenlage bzw. zur frühzeitigen Beteiligung nach BauGB des Planentwurfs vor der Sommerpause für unrealistisch halte. Dies bedeute, dass in der nächsten RVS-Sitzung am 5. Juli kein Beschluss über die Offenlage gefasst werden könne.

Herr Kraft informiert, dass der Ältestenrat in seiner Sitzung am 26. April 2024 keine Änderung der Tagesordnung vorgeschlagen habe, so dass sich die heutige Tagesordnung entsprechend der Einladung wie folgt gestalte:

TO I

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 13. Sitzung 15. März 2024
2. Antrag der Stadt Steinau an der Straße auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 6 ROG i. V. m. § 8 HLPG zugunsten einer Freiflächenphotovoltaikanlage für den Bereich des Bebauungsplanes „Solarpark Sarrod“ und der Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich
Drs. Nr. X / 120.1
3. Zukünftiger Umgang der Regionalversammlung Südhessen mit Anträgen auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des RPS/RegFNP zugunsten von Freiflächenphotovoltaikanlagen
Drs. Nr. X / 131.1 (Tischvorlage vom 3. Mai 2024)
4. Anfragen/Mitteilungen

TO II

5. Vorlage 2. Monitoringbericht zur Umsetzung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) 2019
Drs. Nr. X / 67.4
6. Antrag der Stadt Wächtersbach auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 6 ROG i.V.m. § 8 HLPG für die Ausweisung eines Sondergebiets „Freiflächenphotovoltaik“ – EINLEITUNG
Drs. Nr. X / 127

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Gegen das Protokoll der 13. Sitzung der RVS vom 15. März 2024 gibt es keine Einwendungen und es gilt somit als genehmigt.

TO II

Zu TOP 2

Vorlage 2. Monitoringbericht zur Umsetzung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) 2019

Drs. Nr. X / 67.4

Zu TOP 3

Antrag der Stadt Wächtersbach auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 6 ROG i.V.m. § 8 HLPG für die Ausweisung eines Sondergebiets "Freiflächenphotovoltaik" - EINLEITUNG

Drs. Nr. X / 127

Herr Kraft informiert, dass die Vorlage des 2. Monitoringberichts zur Umsetzung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) 2019, Drs. Nr. X / 67.4 am 25. April in den Ausschüssen UEK und NLF diskutiert worden sei und heute der RVS zur Kenntnis gegeben werde. Bei der Drs. Nr. X / 127 handele es sich um eine Einleitung zum Antrag der Stadt Wächtersbach auf Zulassung einer Zielabweichung zugunsten einer Freiflächenphotovoltaikanlage, die ebenfalls nur zur Kenntnis gegeben werde.

Herr Kraft stellt fest, dass die Regionalversammlung Südhessen die Drucksachen **Nr. X / 67.4** und **Nr. X / 127** zur Kenntnis genommen hat.

TO I

Zu TOP 4

Antrag der Stadt Steinau an der Straße auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 6 ROG i. V. m. § 8 HLPG zugunsten einer Freiflächenphotovoltaikanlage für den Bereich des Bebauungsplanes "Solarpark Sarrod" und der Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich

Drs. Nr. X / 120.1

Herr Kraft weist darauf hin, dass wegen eines Rechenfehlers in der Beschlussvorlage die Drs. Nr. X / 120.1 nach den Ausschusssitzungen korrigiert worden sei und heute über die konsolidierte Fassung beraten und beschlossen werde. Der Haupt- und Planungsausschuss habe am 26. April der Vorlage mit den Stimmen von CDU, SPD und DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Sprecher:

Herr Göllner (SPD)

Herr Kandziorowsky (FWG))

Herr Schlimme (DIE GRÜNEN)

Herr Göllner (SPD) dankt für die hervorragend begründete Beschlussvorlage, die das politische Ziel unterstütze, die Energiewende zu fördern und hofft auf breite Zustimmung.

Herr Kandziorowsky (FWG) kritisiert, dass er zweimal die Beschlussvorlage mit gleichem Datum und gleicher Drucksachenummer erhalten habe und die korrigierte Fassung nicht kenntlich gemacht worden sei.

☞ *Nachtrag der Geschäftsstelle: Die Drucksache wurde nach der Korrektur in den Ausschüssen korrigiert und wie protokolliert im Gremienportal ausgetauscht. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wird in ähnlichen Fällen künftig eine neue Drucksachenummer vergeben und das Datum aktualisiert.*

Herr Schlimme (DIE GRÜNEN) begrüßt das Projekt in Steinau an der Straße und argumentiert für den Ausbau der Freiflächenphotovoltaik, um das bundesweite Ziel zu erreichen, bis 2030 80 % des Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Kraft** lässt über die Beschlussvorlage, **Drs. Nr. X / 120.1 (korrigierte Fassung)** abstimmen.

Beschluss:

Die RVS stimmt der Beschlussvorlage, **Drs. Nr. X / 120.1 (korrigierte Fassung)** zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung der Fraktionen CDU, SPD, DIE GRÜNEN, DIE LINKEN und Herrn Spamer (FW)

Enthaltung der FDP-Fraktion und Herrn Kandziorowsky (FWG)

Zu TOP 5 Zukünftiger Umgang der Regionalversammlung Südhessen mit Anträgen auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des RPS/RegFNP zugunsten von Freiflächenphotovoltaikanlagen

Herr Kraft erläutert den Hintergrund dieses Tagesordnungspunktes: Anlass sei gewesen, dass zur heutigen RVS-Sitzung nur ein TOP auf der TO I gestanden hätte. Deshalb sei in der letzten Fraktionsgeschäftsführersitzung überlegt worden, ob die endgültige Entscheidung bei Zielabweichungsanträgen im Bereich der Freiflächenphotovoltaik auf den Haupt- und Planungsausschuss übertragen werden sollte. Dieser Tagesordnungspunkt sei im Ältestenrat am 26. April 2024 ausführlich und kontrovers diskutiert worden. Zum Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 2. Mai 2024, der als Tischvorlage vorliege, sei inzwischen ein Kompromiss mit der Fraktion DIE GRÜNEN gefunden worden. Dieser Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und DIE GRÜNEN vom 3. Mai 2024 sei soeben in der Sitzung ausgeteilt worden und ersetze den Antrag vom 2. Mai (Drs. Nr. X 131).

Sprecher/in:

Herr Röttger (CDU)

Herr Dr. Naas (FDP)

Herr Vogt (DIE GRÜNEN)

Herr Gerfelder (SPD)

Herr Kandziorowsky (FWG)

Frau Weyrauch (DIE GRÜNEN)

Herr Röttger (CDU) bittet die RVS um eine Entscheidung über den vorgelegten Änderungsantrag. Nach dem Hessischen Landesplanungsgesetz sei eine Übertragung der endgültigen Entscheidung von Zielabweichungsverfahren von der RVS auf den Haupt- und Planungsausschuss möglich. Die Regionalversammlungen Mittel- und Nordhessen hätten die Entscheidung über alle Zielabweichungsverfahren entsprechend übertragen. Um die Energiewende weiter voranzubringen, sei künftig mit vielen Anträgen auf Zielabweichung zugunsten von Freiflächenphotovoltaik zu rechnen. In der Mehrheit dieser Fälle sei durch das überragende öffentliche Interesse kein Ermessensspielraum vorhanden. Es werde daher vorgeschlagen, dass künftig nicht hier in der RVS darüber beschlossen werde, sondern im HPA. Die Fraktionen von SPD und CDU hätten in ihrem ersten Antrag vom 2. Mai 2024 nun einzelne Punkte eingearbeitet, die der Fraktion DIE GRÜNEN wichtig seien, nämlich, dass diese Entscheidung jederzeit widerruflich sei, dass die Beratungen der Fachausschüsse davon unberührt blieben und dass alle RVS-Mitglieder die Einladungen und Protokolle des HPA zur Kenntnis erhalten, wenn Zielabweichungsverfahren zugunsten von Freiflächenphotovoltaik auf der Tagesordnung stehen. **Herr Röttger** bittet die Geschäftsstelle nach der Beschlussfassung die Regelung entsprechend umzusetzen und zu gegebener Zeit die Geschäftsordnung anzupassen.

Herr Dr. Naas (FDP) erläutert, dass die FDP-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Er lehne die Übertragung auf den HPA aus formalen und inhaltlichen Gründen ab. Ausgehend von einem Einzelfall werde nun versucht, generell ein neues Verfahren einzuführen.

Nach der geltenden Geschäftsordnung (GO) obliege den Ausschüssen die Vorbereitung der Beschlüsse der RVS (§ 10 GO). Die Übertragung der endgültigen Entscheidung auf den HPA sei nach dem Hessischen Landesplanungsgesetz (HLPG) grundsätzlich möglich, aber die Geschäftsordnung (§§ 10, 23) müsse geändert werden. Abweichungen von den Vorschriften der Geschäftsordnung seien zwar im Einzelfall nach § 24 GO möglich, jedoch gehe es hier nicht um einen Einzelfall, sondern um die Etablierung eines zweiten Verfahrens.

Seine Fraktion halte es für wichtig, dass alle RVS-Mitglieder bei Entscheidungen über Zielabweichungsverfahren, auch zugunsten von Freiflächenphotovoltaik, ihr Ermessen ausüben können, daher plädiert **Herr Dr. Naas** für die Beibehaltung der endgültigen Entscheidung in der RVS. Auch hinsichtlich der Akzeptanz sei es wichtig in demokratischen Verfahren sehr offen darüber zu diskutieren und abzustimmen. Wenn es künftig mehr Freiflächenphotovoltaik gebe, werde es in der Zukunft auch Kritik geben, da es zu massiven Eingriffen in das Landschaftsbild führe. Zudem seien nicht alle Gruppen im HPA vertreten, das ändere auch die in den Änderungsantrag aufgenommene Informationspflicht nicht.

Der Verweis auf die Verfahrensweise in Mittel- und Nordhessen überzeuge ihn nicht, da die Lage in Südhessen durch die dichte Besiedelung hier eine andere sei. Der Hauptaspekt, man wolle die Planungssicherheit für die Investoren verbessern, greife ebenfalls nicht, da der HPA lediglich eine Woche vor der RVS tage. Die RVS arbeite sehr effizient und man gewinne durch die neue Verfahrensweise wenig und verliere viel. Die FDP-Fraktion werde den Antrag daher ablehnen.

Herr Vogt (Die GRÜNEN) plädiert für fachliche Beiträge in den Fachausschüssen. Mit dem heutigen Beschluss werde von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Beschluss für Zielabweichungsverfahren in die Hände des HPA zu geben. Für ihn sei dies ein Ausnahmefall. Durch den Rückzug von fossilen Energieträgern seien die erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse. Bei der Abwägung der Schutzgüter führe dies nach den neuen Gesetzen, u. a. der Novelle des Raumordnungsgesetzes, dazu, dass Anträge auf Zielabweichung zugunsten von Freiflächenphotovoltaik kaum noch rechtssicher abzulehnen seien. Es sei Aufgabe der RVS als Plangeberin diesen Aspekt bei der Planaufstellung mit zu berücksichtigen. Die beste Verfahrensbeschleunigung wäre, wenn solche Zielabweichungsverfahren in Zukunft dadurch vermieden

werden könnten, dass Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien vorgesehen würden und keine Zielkonflikte entstünden. Seiner Fraktion sei es wichtig, dass es sich bei der Übertragung auf den HPA um verfahrenstechnische Fragen handele und nicht um den Abbau von Demokratie. Es sei seiner Fraktion wichtig, dass es auch weiterhin eine Mitwirkungsmöglichkeit für Mitglieder der RVS gebe. Dies werde zum einen über die Kenntnisnahme von der Durchführung solcher Beschlüsse im Ausschuss gewährleistet, aber auch durch die Möglichkeit, als sachkundiger Bürger bzw. sachkundige Bürgerin mit beratender Stimme am Ausschuss teilzunehmen, auch wenn man keiner Fraktion in der RVS angehöre. Über Einzelfälle mit Fragestellungen grundsätzlicher Natur könne weiterhin in der RVS debattiert werden. Herr Vogt wirbt um Zustimmung zum Änderungsantrag und weist darauf hin, dass die Übertragung auf den HPA zu gegebener Zeit evaluiert werden sollte und auch widerrufbar sei.

Herr Gerfelder (SPD) erinnert an den Ende 2023 gefassten Grundsatzbeschluss zum Vorrang für die Freiflächenphotovoltaik, Drs. Nr. X / 115.2 („Die Transformation der Energiewirtschaft fördern – Abwägungsspielräume nutzen“). Im Grundsatz sei sich die RVS einig gewesen, in dieser Richtung weiterarbeiten zu wollen und die Energiewende zu unterstützen. Die Fragestellung von Herrn Dr. Naas, inwieweit die RVS ermächtigt sei, auch ohne Änderung der GO die Übertragung der Entscheidung von Zielabweichungsverfahren auf den HPA zu beschließen, könne er nicht nachvollziehen. Mit Beschluss vom Juni 2019 habe die RVS bereits mehrheitlich – auch mit den Stimmen der FDP-Fraktion - die abschließende Befassung mit von der Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain beschlossenen Planänderungsverfahren nach BauGB auf den HPA übertragen (Drs. Nr. IX / 88.0), ohne Änderung der Geschäftsordnung. Die SPD-Fraktion bleibe daher beim vorgelegten Änderungsantrag.

Herr Kandiorowsky (FWG) plädiert dafür, dass alle RVS-Mitglieder, auch fraktionslose Mitglieder, die nicht dem HPA angehören, bei der Befassung des HPA mit Zielabweichungsverfahren zugunsten von Freiflächenphotovoltaik mit beratender Stimme an den Sitzungen des HPA teilnehmen dürfen. Er bittet diesbezüglich um Ergänzung des Änderungsantrags oder um einen entsprechenden Protokollvermerk.

Frau Weyrauch (DIE GRÜNEN) führt aus, dass nach der GO alle sachkundigen Bürgerinnen und Bürger vom Vorsitzenden Rederecht erhalten können und alle RVS-Mitglieder sachkundig seien. Darüber ergebe sich die Möglichkeit der Teilnahme und Mitsprache, nur dürften sie nicht mit abstimmen.

Auf die Frage von **Herrn Kraft**, ob zunächst über den Text der Beschlussempfehlung abgestimmt werden sollte und anschließend über den Auftrag, die GO entsprechend anzupassen, erläutert **Herr Röttger (CDU)**, dass der Antrag zuvor der Geschäftsstelle zur rechtlichen Prüfung vorgelegt worden sei und danach die GO nicht geändert werden müsse. Es sei aber sinnvoll, die Geschäftsordnung entsprechend anzupassen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Kraft lässt über den Änderungsantrag vom 3. Mai 2024 der Fraktionen von CDU, SPD und DIE GRÜNEN abstimmen.

Beschluss:

Die RVS stimmt dem Änderungsantrag von CDU, SPD und DIE GRÜNEN vom 3. Mai 2024 (Drucksache Nr. X / 131.1) mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung der Fraktionen CDU, SPD, DIE GRÜNEN, DIE LINKEN und Herrn Spamer (FW)

Enthaltung von Herrn Kandziorowsky (FWG)

Gegenstimmen der FDP-Fraktion

Zu TOP 6 Anfragen/Mitteilungen

Es liegen keine Anfragen oder Mitteilungen vor.

Herr Kraft schließt die Sitzung um 16:05 Uhr und weist darauf hin, dass die nächste Sitzung der Regionalversammlung Südhessen am 5. Juli 2024 um 15 Uhr im Rathaus Römer, Stadtverordneten-sitzungssaal, Römerberg 23, 60311 Frankfurt am Main stattfindet.

gez. Uwe Kraft

gez. Ines Schader

Vorsitzender der Regionalversammlung Südhessen

Schriftführerin